

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 4

Artikel: Der Kommentar
Autor: V.P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094967>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wörtlich zu nehmender Aufschrei
eines polnischen Mieters

«Ich kann nicht mehr!»

Mit zwei Beiträgen aus polnischen Zeitungen wollen wir heute planwirtschaftliche Alltagsprobleme einmal anhand von sehr spezifischen Beispielen illustrieren. Beim Fall, der in «Express Wieczorny» geschildert wird, geht es um den Ersatz von zerbrochenen WC-Schüsseln. Hier kommen erst zwei Warschauer Leser und dann die polnische Redaktion zu Wort. Bei «Zycie Warszawy» geht es um Toilettenpapier, das heisst um das Manko daran. Hier legt der zuständige Funktionär den umständlichen, amtlichen Lösungsweg eines Problems dar, das bei einem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überhaupt keines wäre. Und deshalb ist es auch kein billiger Witz, wenn wir auf diese Dinge hinweisen. Die konkreten Fälle zeigen bloss etwas drastischer als sonst das Ausmass an Alltagsärgerlichkeiten auf, unter denen die bei uns so häufig als gültig empfundene Alternativordnung leidet, und zwar durchaus struktur- und systembedingt. Man hat im Westen schlichtweg keine Ahnung, wie sich diese Kleinigkeiten in ihrer Summierung für die gewöhnlichen Leute auswirken. Aber dafür zeigt man sich bei uns darüber verwundert, wie die Staatsbürger der betreffenden Länder «so kleinbürgerlich» sein können, den Westen um seine Konsumverhältnisse zu beneiden, statt darauf stolz zu sein, in einer historisch fortschrittlichen Ordnung daheim zu sein. Aber vielleicht würde sich bei uns doch mancher ein bisschen weniger wundern, wenn er erst einmal als Mieter einige Wochen lang auf eine Klosettschüssel verzichten müsste, weil die planwirtschaftliche Bedarfsermittlung, obwohl sie eine enorm teure Verwaltungsangelegenheit ist, an die simple kapitalistische Bedarfsdeckung einfach nicht herankommt.

Warschauer Unternehmung für den Handel von Artikeln zu kulturellem Gebrauch

Aus «Zycie Warszawy», 17. 9. 1974

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung in «Zycie Warszawy» vom 11. August 1974 unter dem Titel «Ein Wort über das Toilettenpapier» stellen wir klar, dass die im Juli und August aufgetretenen Mängel an Toilettenpapier vor allem infolge zu geringer Bestellungen der Detailverkaufsstellen eingetreten sind. Das betrifft insbesondere Verkaufsstellen anderer Unternehmungen, wenn es auch — wie Kontrollen unserer Direktion ergeben haben — in unsern eigenen Läden vorgekommen ist, dass vorübergehend Toilettenpapier gefehlt hat.

Wir wollen hier darauf aufmerksam machen, dass der Verkauf von Toilettenpapier rasch zunimmt. Waren beispielsweise im ersten Halbjahr 1973 in Warschau noch 5 025 000 Rollen verkauft worden, so stieg diese Anzahl im gleichen Zeitabschnitt von 1974 auf 6 360 000 Rollen.

Zur Entstehung der Versorgungsmängel an Toilettenpapier in der Hauptstadt haben auch die unrythmischen Lieferungen der Industrie beigetragen. Sie waren im Juli und August erheblich geringer als im Plan vorgesehen. Im Juli erhielt der Handel nur 100 000 Rollen statt 150 000, und in den zwanzig ersten Augusttagen nur 90 000 statt 200 000.

Am meisten im Rückstand sind unter den Produzenten von Toilettenpapier die Betriebe in Stettin. Sie hätten im dritten Quartal 1 200 000 Rollen liefern sollen, haben aber bis zum 20. August erst 300 000 Rollen dem Handel zugestellt. Die Gebietsbranchenkommission hat Entscheide gefällt, welche eine verbesserte Versorgung von Warschau mit Toilettenpapier bezwecken. Am 12. August hat die betreffende Kommission für Warschau eine Sitzung abgehalten, an der Be-

schlüsse zur Verbesserung des Toilettenpapierverkaufs gefasst worden sind. Unter anderem sind Aushilfslieferungen vorgesehen. Diese werden innert zweier Tage nach Meldung eines Mangos vorgenommen, sofern die aufgrund der abschnittswisen Harmonogramme ausgeführten Lieferungen nicht genügen sollten.

Verständnis für die Lage hat auch die Transportorganisation gezeigt, die sich verpflichtet, zusätzliche Transportmittel bereitzustellen.

So sollte im Warschauer Detailhandel kein Mangel mehr an Toilettenpapier sein.

Der stellvertretende Direktor

Es fehlen 60 000 Stück

WC-Muscheln mit Gold aufgewogen

Aus «Express Wieczorny», Warschau
19. 10. 1974

Hilfe! Vor drei Wochen ist mir die Klosettschüssel zerbrochen. Seither suche ich in den Läden unserer Millionenstadt vergeblich nach einem Ersatz. Ich wohne mit meiner Frau und zwei kleinen Kindern in der 10. Etage eines Wohnblocks. Unsere Lage ist nicht zu beneiden, und dabei kann man mir in den Geschäften nicht sagen, auf wann man neue Lieferungen erhoffen darf.

*

Ich kann nicht mehr! Seit zwei Wochen habe ich alle Geschäfte der Stadt nach einer WC-Muschel abgesucht. Anscheinend sollen erst in vierzehn Tagen wieder welche geliefert werden. Was tun? Die Nachbarn waren bisher so nett, mir und meinen Kindern Zutritt zu ihrem WC zu gewähren. Aber je länger sich die Beschaffung der neuen Schüssel hinzieht, desto länger werden die

Gesichter unserer Nachbarn bei unsern Besuchen.

*

Das sind nur zwei von den zahlreichen Briefen, die der Redaktion in letzter Zeit zu diesem Thema zugegangen sind. (...)

Auf der Suche nach Leuten, die für diese Versorgungslücke verantwortlich sind, erfuhr die Redaktion vom Direktor des Engros-Lagers, dass der zentrale Lieferant dieser Artikel die Bestellungen nicht voll ausführt und dass die Zuteilungen ziemlich häufig den Bedarf nur zur Hälfte decken.

Bis vor etwa drei Jahren war die Produktion von Klosettschüsseln durchaus genügend, aber inzwischen genügt sie angesichts des gewaltigen Wohnungsbaues eben nicht mehr. Es fehlen mindestens 60 000 Stück. Für dieses Jahr ist eine Verbesserung der Lage auch nicht zu erwarten. Die Länder, von denen wir bisher etwa 100 000 Stück importiert haben, können die Lieferungen nicht erhöhen.



In Veröffentlichungen und insbesondere in Fachzeitschriften kommunistisch regierter Länder kann man ziemlich regelmässig Aeusserungen der Verwunderung darüber finden, dass im planlosen Chaos des Kapitalismus Wirtschaft und Verwaltung «immer noch» besser funktionieren als da, wo sie angeblich von der Arbeiterklasse (via Avantgarde der Partei) in die Hand genommen worden sind und wissenschaftlich-planmässig «stürmisch weiterentwickelt» werden.

Seit Jahrzehnten schon entschuldigt man die immer wiederkehrenden Pannen, die ständigen Mängel und Lücken als Anlaufschwierigkeiten. Die Arbeiterklasse müsse eben lernen, Wirtschaft und Verwaltung zu führen, müsse noch hinter das Geheimnis des erfolgreichen Managements kommen, das ihr die entmachtete Bourgeoisie vorenthalten habe. Morgen wird es besser. Ein guter Refrain. Aber er wäre überzeugender, wenn man ihn nicht von Generation zu Generation weiterreichen müsste.

Dabei will man nicht einsehen (oder darf es jedenfalls nicht zum Ausdruck bringen), dass alle diese Mängel nicht trotz dem System noch immer bestehen, sondern wegen des Systems immer noch nicht beseitigt sind.

Es gibt auch ganz bestimmte Errungenschaften, die das Funktionieren von Verwaltung und Wirtschaft ständig behindern. Da ist die zentrale Lenkung mit allen ihren unausweichlichen Folgeerscheinungen. Sie soll sicherstellen, dass alles (entsprechend der Doktrin natürlich) «richtig» gemacht wird. An den entscheidenden Stellen der Lenkungs- und Ueberwachungsorgane sitzen die Vertreter der Einheitspartei, die für die Anwendung der richtigen Prinzipien zuständig ist. Und wenn sie zur rechtzeitigen Nachlieferung von Klosettschüsseln nichts taugen, stellt man eben fest, dass es irgendwo weiter unten bei der Durchführung gehapert hat.

Aber an der «Basis» müssen die kleinen Par-

teigenossen darüber wachen, dass die zentralen Weisungen «richtig» befolgt werden. Zur Korrektur untauglicher Weisungen sind sie gar nicht befugt.

Eine wichtige Aufgabe der Ueberwacher von oben bis unten besteht darin, aufzupassen, dass man mit dem Volksvermögen sorgfältig umgeht, dass man die Versorgungslücken oder andere Gelegenheiten nicht zu privaten Geschäften und zur eigenen Bereicherung ausnützt. Wird ein Mangel an Waren oder Dienstleistungen festgestellt, so ist er auf dem Dienstweg der Zentrale zu melden, welche die Angelegenheit erst einmal prüft und dann entscheidet, was zu geschehen hat. Wenn man die uneigennützig Verwaltung

des Gemeinschaftseigentums postuliert, braucht es eben den entsprechenden zeit- und kostenaufwendigen Kontrollapparat. Wobei seine Mitglieder dank ihrer erhöhten Möglichkeit zum Missbrauch ihres Amtes erst noch selber kontrolliert werden müssen. An der Spitze der Pyramide hört das allerdings auf.

Die zentrale Lenkung und Ueberwachung mitsamt ihrer Unterdrückung der Privatinitiative hat in der Praxis noch eine Auswirkung, die schwer wiegt: die Minimalarbeit gemäss Plan. Weil bessere Arbeit keine besseren Löhne oder Preise bringt, arbeitet jeder so viel und so gut, wie es von der Norm vorgeschrieben wird. Die Möglichkeiten, durch bessere Leistungen den

Konkurrenten zu überrunden, werden nicht genutzt, weil sie eben keinen Nutzen versprechen. Der Arbeiter in der Planwirtschaft hat zu seiner Arbeit die gleiche Einstellung wie der Soldat zu seinem Dienst. Er leistet gerade so viel, dass er nicht bestraft wird. Aber er leistet auch nicht mehr als dieses Minimum, weil mehr nicht mehr einbringt.

*

Unsere beiden Beispiele aus Polen zeigen nicht nur, bis wohin der planwirtschaftliche Staatsapparat hineingreift; sie zeigen auch, wo für alles eine besondere Bürokratie aufgestellt werden muss, wenn man das marktwirtschaftliche Gleichgewicht von Nachfrage und Angebot durch eine planmässige Versorgung ersetzt hat.

Parteiapparat, Planungs- und Verteilungsbürokratie, Kontroll- und Ueberwachungsorganisation, alle diese Einrichtungen brauchen Personal, das der Produktion entzogen ist, aber von der Gesamtheit bezahlt werden muss.

Weil die Planwirtschaft ein unabdingbares Element der kommunistischen Staats- und Wirtschaftsdoktrin ist, darf man sie in jenen Ländern nicht grundsätzlich kritisieren oder gar in Frage stellen. Die Kritik bleibt auf die unterste Stufe der Bürokratie beschränkt; sie darf sich nur mit den Symptomen, nicht aber mit den Ursachen befassen. Und deshalb werden die «Mängel», die vom System bedingt werden, auch nicht verschwinden, solange dieses fortbesteht.

V. P.

die politische meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Die erste Ausgabe des 20. Jahrgangs (Heft Nr. 158) widmet sich aus aktuellem Anlass mit Vorrang dem Thema:

«Die Freiheiten im Rechtsstaat»

Dazu schreiben:

Innenminister Heinz Schwarz:	«Sicherheit gegen Terror?»
Bundesrichter Prof. Dr. Günther Willms:	«Grundrechte vor dem Richter»
Prof. Dr. Erich Schwinge:	«Wenn Anwälte Komplizen werden»
Franz Kaufherr:	«Politische Prozesse heute»
Otto B. Roegele:	«Schlagwort Tendenzwende»

In Zeiten der Inflation und wachsenden Arbeitslosigkeit wird die Frage immer drängender, ob die seit einigen Jahren vernachlässigte soziale Marktwirtschaft, zielkräftig und zukunftsbewusst eingesetzt, in der Lage wäre, unserer sozialen Zukunft wieder Ziele zuzuweisen. Im November/Dezemberheft der «Politischen Meinung» (Ausgabe Nr. 157) schrieben zum Thema:

«Der Weg aus der Krise»

Prof. Dr. Werner Kaltefleiter: «Mit Blick auf 1976», Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg: «Soziale Marktwirtschaft erneuern», Prof. Dr. Alfred Müller-Armack: «Ein Programm der Wertsicherung», Prof. Dr. Alfred Schüller: «Wirtschaft unter dem Grundgesetz», Dr. Rüdiger Altmann: «Marktwirtschaft als Politische Oekonomie», Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: «Wie man Arbeitslosigkeit vermeidet», Günter Triesch: «Sozialismus auf Raten».

Herausgeber:	Dr. Bruno Heck Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V.
Chefredakteur:	Dr. Karl-Willy Beer

Heftumfang ca. 100 Seiten. Einzelpreis DM 5,-, Jahresbezugspreis für 6 Hefte DM 25,-, für Schüler und Studenten (bei Vorlage einer Studienbescheinigung) DM 16,- inkl. MwSt. zuzüglich Versandkosten.

EICHHOLZ-VERLAG GmbH D-53 Bonn Postfach 458

Praxis zur Theorie

Hat man in Jugoslawien Abschied vom System der Selbstverwaltung genommen, als man acht Belgrader Professoren und Assistenten der «Praxis»-Gruppe den Abschied gab?

Abgesehen davon, dass sie ein Indiz für die dogmatische Kursverhärtung in Jugoslawien darstellt (darüber wird in diesen Tagen auch der Prozess gegen Mihajlo Mihajlov etwas aussagen können), greift die Entlassung der missliebigen Dozenten tatsächlich die Errungenschaft an, die man immer als die Hausmarke des jugoslawischen Wegs zum Sozialismus vorgestellt hat und zu verteidigen angibt. Grundsätzlich unterliegt eine Universität nicht anders als ein Produktionsbetrieb dem Prinzip der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltungsorgane sind an der Universität Belgrad denn auch vorhanden; bloss hatten sie sich geweigert, die obrigkeitlich erwünschten Sanktionen vorzunehmen. Nun hat die serbische Nationalversammlung in den letzten Januartagen durch einen legislativen Akt erwirkt, dass sie von jetzt an zur Ersetzung politisch unzuverlässiger Lehrkräfte befugt ist. Selbstverwaltung unter der Bedingung, dass sie das tut, was Partei- und Staatsbehörden von ihr wünschen. Damit ist die Degradierung einer Institution eingeleitet, die früher einmal Modellcharakter beanspruchte.

Seit 1971 bemüht man sich zusehends, die Selbstverwaltung in den Griff der staatlichen Befehlserteilung zu bekommen. Gerade dagegen hatten sich die acht Entlassenen unter anderem gewehrt. Aber das Bekenntnis zur spezifisch jugoslawischen Institution ist heute anscheinend nicht gefragt.